



Die Notwendigkeit einer feministischen Analyse der Corona-Krise. Ausgangspunkte für eine demokratische, solidarische und intersektionale Gesellschaftsvision

Appell der Sektion Politik und Geschlecht in der DVPW zum (wissenschafts-)politischen Umgang mit der COVID 19-Pandemie

12.06.2020

Feministische Politikwissenschaft versteht sich von jeher als gesellschaftskritische und demokratisierende Kraft. Ihr Einsatz ist das Sichtbarmachen von multiplen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die auch in auf Gleichheit verpflichteten Demokratien fortwirken. Aus dieser Perspektive zeigen sich die in der aktuellen „Corona-Krise“ offensichtlich werdenden Ungleichheiten als Zuspitzungen von Widersprüchen, die bereits die gesellschaftliche „Normalität“ vor der Pandemie geprägt haben.

Das Coronavirus trifft uns nicht alle gleich. Im Gegenteil: Die Corona-Krise hat (auch) ein Geschlecht. In der politischen Bewältigung der Krise offenbart sich brennglasartig die Hartnäckigkeit vergeschlechtlicher Ungleichheiten in ihren intersektionalen Verschränkungen mit anderen Machtverhältnissen, die höchst unterschiedliche Formen von Verletzlichkeit produzieren. Dieser Problemlage steht jedoch die Privilegierung dominanter maskuliner, weißer Perspektiven in der Interpretation der Pandemie gegenüber, die in den Medien, der Wissenschaft, in Politik und Öffentlichkeit zum Ausdruck kommt.

Aufgrund dieser Schieflage, die selbst schon Ausdruck gesellschaftlicher Ungleichheit ist, fordern wir einen wissenschaftlichen wie politischen Umgang mit der Pandemie, der miteinander verschränkte Ungleichheitsverhältnisse systematisch berücksichtigt und feministische und andere gesellschaftskritische Perspektiven zum notwendigen Ausgangspunkt für eine demokratische und solidarische Bewältigung der Krise macht.

1. Das Geschlecht der Corona-Krise und der Krisendiagnosen

Frauen* sind von der Corona-Pandemie und den damit verbundenen politischen Maßnahmen in besonderer Weise betroffen, z. B. durch die Feminisierung und Migrantisierung systemrelevanter und zugleich meist unterbezahlter oftmals prekärer Formen von Lohnarbeit (z.B. Krankenschwestern, Pflege- und Betreuungskräfte, Kassiererinnen, Reinigungskräfte), die fortwirkenden Gehaltsunterschiede für gleichwertige Tätigkeiten, die ungleiche Verteilung unbezahlter Sorgetätigkeiten, die Zunahme häuslicher und sexualisierter Gewalt, die unzureichende medizinische Versorgung, die Einschränkung sexueller und reproduktiver Rechte (sicherer Schwangerschaftsabbruch und selbstbestimmte Geburt) oder Ernährungsunsicherheit in Ländern des Globalen Südens. Damit werden national wie global erzielte [gleichstellungspolitische Erfolge um Jahre zurückgeworfen](#) und [neue Ungleichheiten produziert](#).

Diese intersektional vergeschlechtlichten Dimensionen der Covid-19-Pandemie werden allerdings wenig diskutiert. Stattdessen dominieren in der medialen [Berichterstattung sowie in den die Deutsche Bundesregierung beratenden Expertengremien zum Umgang mit der Pandemie Perspektiven, die hinsichtlich](#)

geschlechtlicher, sexueller, rassistischer, klassistischer und ableistischer Diskriminierung privilegiert sind. Zudem ist die Publikationstätigkeit von Wissenschaftlerinnen* seit Beginn der Pandemie nachweislich deutlich zurückgegangen, was auf eine ungleiche Belastung durch Erwerbs- und Fürsorgearbeit und die prekäre Verankerung von Wissenschaftler*innen in der Akademie verweist. Auch globale Ungleichheiten im Wissenschaftsbetrieb werden durch die Krise und die unterschiedlichen staatlichen Ressourcen als Reaktion verschärft, mit unterschiedlichen Auswirkungen auf Forschungsmöglichkeiten und Meinungsfreiheit.

Unter der Behauptung von universeller Expertise und epistemischer Souveränität schreiben sich so in einer dramatischen gesamtgesellschaftlichen Ausnahmesituation hegemoniale Weltansichten und Wissensformen in die Bewältigung der Krise ein. Diese bilden weder die gesellschaftliche Wirklichkeit einer pluralen Gesellschaft ab noch berücksichtigen sie die unterschiedlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und der zu ihrer Eindämmung ergriffenen Maßnahmen auf sozial unterschiedlich positionierte Gruppen. In der Folge werden schon vor der Covid-19-Pandemie bestehende soziale Ungleichheiten exponentiell verschärft.

2. Marginalisierungen und die Agenda der Sozialwissenschaften: Ohne feministisches Wissen können die Krise und ihre Ursachen nicht verstanden werden

Nach den Virolog*innen melden sich nun vermehrt auch Sozialwissenschaftler*innen zu Wort. Dabei wird in evidenter Weise auf Themen wie Körper, Verletzbarkeiten, Alltag, Sorge, Solidaritäten und rechtliche sowie moralische Normalitäten einer Gesellschaft Bezug genommen. Hier handelt es sich um Thematiken, die bereits lange vor der Covid-19-Pandemie in Schwarzen feministischen, queeren, post- und dekolonialen Debatten und den disability studies systematisch untersucht wurden. So haben postkolonial-feministische Ansätze beispielsweise die negativen Folgen kapitalistischer Globalisierung v.a. für Frauen* durch Verarmung, Gewalt, eingeschränkte politische Beteiligung herausgearbeitet. Ebenso wurde seit langem auf die Gefahren der Neoliberalisierung von Carearbeit und Gesundheitsversorgung hingewiesen. Darüber hinaus haben postkoloniale, queer-feministische Theoretiker*innen den westlich-liberalen Individualismus in vielfältiger Weise problematisiert und argumentiert, dass eine demokratische Ordnung Verwundbarkeit und Relationalität zu ihrem Ausgangspunkt nehmen muss.

Zugleich enthalten feministische intersektionale Praxen und Wissensproduktionen bereits mannigfaltige innovative Antworten für die demokratische Bewältigung von Krisen, aus denen auch in der Covid-19-Pandemie gelernt werden könnte. So haben feministische Analysen und feministische Organisationen im Globalen Süden gezeigt, wie Nahrung insbesondere an benachteiligte Frauen* und Mädchen durch lokale Netzwerke verteilt wird, wie Prävention von sexualisierter Gewalt gegen Frauen und LGBTI*Q-Personen erfolgt und wie reproduktive Selbstbestimmung für Frauen* und LGBTI*Q-Communities zur sicherzustellen ist. Ökosozialistische Feminist*innen stellen Praxen und Wissen für eine nachhaltige und emanzipatorische Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse bereit, die nicht auf Raubbau, Extraktivismus und Zerstörung des Planeten ausgerichtet sind. In Kämpfen und wissenschaftlichen Analysen haben Schwarze und beHinderte Feminist*innen deutlich gemacht, dass es den Grundsätzen demokratischer Gesellschaften diametral entgegensteht, bestimmte Körper oder Leben als entbehrlich zu betrachten. Feministische Makroökonom*innen

haben einen umfassenden Wissensfundus für eine grundlegende Demokratisierung der Wirtschaft erarbeitet, die die Privatisierung von Gesundheit, Nahrung und Bildung überwindet und (Für-)Sorge ins Zentrum stellt.

Die gegenwärtige Hinwendung der Sozialwissenschaften zu genuin feministischen Themen im Kontext der „Corona-Krise“ ignoriert weitgehend diese feministischen, queer-theoretischen, post- und dekolonialen, ability- sowie kapitalismuskritischen Ansätze und schreibt paradoxerweise auch in Zeiten, in denen deren Relevanz besonders augenscheinlich wird, deren Marginalisierung fort. Zusätzlich führt die Ausblendung des Wissensarchivs über Geschlechterungleichheit, Rassismus, Postkolonialismus, Heteronormativität, Klassenverhältnisse und ability-Zentriertheit zu einer Verengung der Analysen und der daraus folgenden politischen Empfehlungen. Wenn sozialwissenschaftliche Gegenwartsdiagnosen zur demokratischen Bewältigung beitragen wollen, ist es unabdingbar, geschlechtersensibles intersektionales Wissen systematisch zu berücksichtigen.

3. Plädoyer für feministische Gesellschaftsentwürfe: Für eine vielstimmige demokratische und solidarische Überwindung der Corona-Krise:

Aus der Perspektive feministischer Gesellschaftskritik plädieren wir dafür, dass ein nachhaltiger Ausgang aus der gegenwärtigen Krise *nicht* in einer schnellstmöglichen Rückkehr zur „Normalität“ bestehen kann. Diese war bereits vor Corona von intersektionaler Ungleichheit, Diskriminierung, Gewalt und einem destruktiven Umgang mit Körpern, Verletzbarkeiten und Ökologie geprägt.

Was in der Corona-Krise notwendiger denn je ist, sind Visionen für eine demokratische und solidarische Gesellschaft für alle, in der aktiv auf die Abschaffung ungleicher Geschlechterverhältnisse sowie anderer Formen sozialer Ungleichheiten hingewirkt wird. Das Nachdenken über gesellschaftliche Alternativen gewinnt nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines Erstarkens autoritärer, rechter und verschwörungsideologischer Kräfte besondere Bedeutung. Für die konkrete Ausgestaltung einer demokratischen und solidarischen Politik ist eine Pluralität wissenschaftlicher Analysen und Reflexionen ebenso notwendig wie das reiche Erfahrungswissen sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Initiativen. Bestandteil von Politik, Medien und Wissenschaft muss daher die substanzielle Vielstimmigkeit kollektiver Expertisen, Wissensformen und Forschungsergebnisse über mögliche Wege zu einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft jenseits der Covid 19-Pandemie sein. Nur so kann die „Corona-Krise“ demokratisch, solidarisch und intersektional bewältigt werden.

Quellen: ["Gender and COVID-19 Working Group: Gender and COVID-19 Resources"](#)

Postscript: Aus gegebenem politischen Anlass in Folge der Ermordung von George Floyd am 25.05.2020 in Minneapolis/USA und der weltweiten Demonstrationen von #blacklivesmatter gegen Rassismus und Polizeigewalt verweisen wir auf das von der Sektion Politik und Geschlecht in der DVPW mitverfasste Statement: [FÜR DEN AUSBAU DISKRIMINIERUNGS-UND GEWALTKRITISCHER STRUKTUREN: Stellungnahme und Forderungskatalog kritischer Wissenschaft und Politischer Bildung in Zeiten von rassistischer und antisemitischer Gewalt und extrem rechtem Terror vom 9.3.2020,](#)